



Beschluss

vom 25. Januar 2005

Nr. 0123

Motion

Motion Martin Boesch; Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen; Umwandlung in ein Postulat und Frage der Erheblicherklärung

Die Direktion Inneres und Finanzen berichtet:

Martin Boesch und 23 Mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 7. Dezember 2004 eine Motion betr. „Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen“ ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Mit einer Motion kann gemäss Art. 28 der Gemeindeordnung beantragt werden, dass der Stadtrat dem Stadtparlament einen Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung, für ein rechtsetzendes Reglement oder einen anderen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Beschluss vorlegt. Leistungsaufträge fallen nicht in die Zuständigkeit des Stadtparlaments, unabhängig davon, ob sie verwaltungsintern oder mit Dritten abgeschlossen werden. Die Zuständigkeit für solche Leistungsaufträge liegt beim Stadtrat. Das ergibt sich auch aus Art. 136 lit. h und Art. 137 Abs. 1 des Gemeindegesetzes, wonach die Vertretung nach aussen zu den nicht übertragbaren Aufgaben des Rates gehört. Die Motion „Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen“ betrifft deshalb einen Gegenstand, der nicht in die Kompetenz des Stadtparlaments fällt. Sie ist aus diesem Grund unzulässig.

Gemäss Art. 63 lit. b des Geschäftsreglementes des Stadtparlaments kann das Mitglied, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat, eine Motion in ein Postulat umwandeln. Der Motionär ist einverstanden, die Motion in ein Postulat mit folgendem Wortlaut umzuwandeln: „Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls mit welchem Inhalt mit der Stiftung St.Galler Museen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen sei“. Der Stadtrat ist aus folgenden Gründen bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen:



Die Grundlage für die städtischen Betriebsbeiträge an die Stiftung St.Galler Museen stellt, wie vom Motionär zutreffend ausgeführt, nach wie vor die im Jahre 1987 vom Stadtparlament genehmigte Subventionsordnung dar. Die Berechnung des Finanzbedarfs erfolgte aufgrund bisheriger Erfahrungen, von Vergleichen mit anderen Museen sowie einer konzeptionellen Grundlage, der „Museumskonzeption 80“. Auch wenn diese Museumskonzeption in der Folge mehrmals überarbeitet und verfeinert wurde, genügt sie den formalen Anforderungen, die heute an eine Umschreibung der durch die subventionierte Institution zu erbringenden Leistungen gestellt werden, nur in unzureichendem Masse. Ausserdem ist ihre rechtliche Verbindlichkeit relativ eingeschränkt.

Die Konzeption ist aber auch in materieller Hinsicht überholt, weil sich seither die Ansprüche und Erwartungen, die an Museen von überregionaler Bedeutung gestellt werden, stark gewandelt haben. So erwartet das Publikum heute, dass die Präsentation des gesammelten Gutes durch thematisch ausgerichtete, attraktiv aufbereitete und unter Einsatz neuer Medien vermittelte Wechselausstellungen ergänzt wird. Die Stiftung St.Galler Museen hat zwar insbesondere in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um den zusätzlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, doch sollten diese Entwicklungen auch in den für die Geschäftstätigkeit grundlegenden Papieren ihren Niederschlag finden. Die Gremien der Stiftung St.Galler Museen würden die Formulierung eines Leistungsauftrags ebenfalls begrüssen.

Die Formulierung des Leistungsauftrags sollte aber sinnvollerweise erst dann erfolgen, wenn die angestrebte Einbindung des Kantons in die Stiftung St.Galler Museen verbindlicher in Aussicht steht. Die Ausführungen im kantonalen Bericht „Stand und Perspektiven der st.gallischen Kulturpolitik“ nähren die Hoffnung, dass diese Zielsetzung in absehbarer Zeit erreicht werden kann. Im Papier wird die Absicht bekundet, „dass sich der Kanton im Rahmen einer Programmvereinbarung am Betriebsaufwand der Stiftung St.Galler Museen und des Textilmuseums beteiligt, ebenso will er am ausserordentlichen Bestandeserwerb der Stiftung St.Galler Museen mitwirken.“ Mit der Annahme des Neuen Finanzausgleichs (NFA) in einer Volksabstimmung im vergangenen November ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung dieser Absicht geschaffen worden. Es haben in der Zwischenzeit auch schon erste Gespräche mit dem Kanton stattgefunden.

Die Ausgestaltung des Leistungsauftrags könnte sich an jenem für die Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen (KTSG) orientieren, die ebenfalls in gemeinsamer Arbeit von Stadt, Kanton und Kulturinstitution erfolgte. Er soll Umfang und Qualität der von der Institution zu erbringenden Aufgaben umreissen, dieser jedoch genügend Spielraum zur Führung des Betriebs nach unternehmerischen Grundsätzen offen lassen.



Aufgrund dieser Überlegungen ist der Stadtrat bereit, sich mit dem Anliegen des Postulanten materiell auseinanderzusetzen. Er beantragt deshalb **Erheblicherklärung** des Postulates:

Information über die Stellungnahme des Stadtrats
(Art. 67 Geschäftsreglement Stadtparlament)

- Leistungsaufträge fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Stadtparlaments. Eine Motion, welche den Stadtrat beauftragt, dem Stadtparlament einen Leistungsauftrag zu unterbreiten, ist deshalb unzulässig.
- Die Entgegennahme des Vorstosses als Postulat drängt sich aber auf, weil die Subvention nach wie vor auf der Subventionsordnung von 1987 beruht und weil die mehrfach überarbeitete „Museumskonzeption 80“ den formalen Anforderungen, welche heute an einen Leistungsauftrag gestellt werden, nur unzureichend entspricht. Die Konzeption ist auch materiell überholt, weil sich die Erwartungen an Museen von überregionaler Bedeutung gewandelt haben.
- Im Einvernehmen mit dem Motionär soll der Vorstoss in ein **Postulat mit folgendem Wortlaut** umgewandelt werden: „Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls mit welchem Inhalt mit der Stiftung St.Galler Museen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen sei“.

Antrag

Auf Antrag der Direktion Inneres und Finanzen beschliesst der Stadtrat:

Der Stadtpräsident wird beauftragt, im Stadtparlament zur Umwandlung in ein Postulat und zur Frage der Erheblicherklärung in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Beilage:
Motion

Protokollauszug:
Direktion Inneres und Finanzen (5)
Direktion Bau und Planung (3)
Stadtkanzlei (1)

